

DGB-Jugend Niedersachsen –
Bremen – Sachsen-Anhalt



Flucht. Migration. Arbeit.

Ein gewerkschaftlicher Bericht über die Ausbeutung
von Arbeitskräften im 21. Jahrhundert.



www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de/jugend

Inhalt

1. Vorwort	3
2. Einleitung: Arbeitsmigrant_innen und mobile Beschäftigte	4
3. Wanderarbeiter_innen	
3.1. Fleischindustrie in Deutschland	8
Allgemeines zum Thema	8
Interview mit Matthias Brümmer	13
3.2. Obstanbau in Süditalien	19
Bittere Früchte	19
Interview mit Gilles Reckinger	23
Erlebnisbericht: »Das ist moderne Sklaverei!«	28
Freihandelszonen und Wirtschaftsflüchtlinge	31
3.3. Bauarbeiter_innen in Katar	34
Katar 2022 – Eine Fußball-WM in der Wüste	34
Erlebnisberichte	40
Interview mit Tim Noonan	44
Unsere gewerkschaftlichen Forderungen	49
Impressum	50

1. Vorwort

Flucht, Migration und Arbeit. Aktuell stehen diese vier Begriffe im Zentrum vieler politischer Diskussionen und Auseinandersetzungen. Doch was haben sie miteinander zu tun? Wie bedingen sie sich gegenseitig? Und warum ist das alles für Gewerkschaften ein Thema?

Diese Broschüre will Antworten geben.

Anhand von konkreten Beispielen schauen wir uns an, wie die Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitsmigrant_innen und Geflüchteten an unterschiedlichen Orten der Welt aussehen. Wir lassen Betroffene genauso zu Wort kommen wie Expert_innen, die schon seit langem vor Ausbeutung und sklavenähnlichen Bedingungen in ganz bestimmten Bereichen der Arbeitswelt warnen.

Ob Fleischproduktion in Niedersachsen, Erntearbeiten in Italien oder die Bauarbeiten für die Fußballweltmeisterschaft in Katar – überall ist die Arbeitskraft von Migrant_innen oder Geflüchteten Grundlage des Wirtschaftens – zu einem oft furchtbar hohen Preis für die betroffenen Menschen.

Unmittelbarer Anlass für diese Broschüre ist die Ausstellung »Bitter Oranges«, die im Herbst 2016 in Hannover und Wolfsburg gezeigt wird. Mit eindrucksvollen und teils verstörenden Fotografien zeigen die Initiator_innen die Lebensrealität afrikanischer Erntearbeiter_innen in Süditalien. Spätestens bei der Betrachtung der Bilder wird deutlich: Dieses Thema geht uns alle an!

Eure DGB-Jugend Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

2. Arbeitsmigrant_innen und mobile Beschäftigte

Arbeitsmigrant_innen sind kein Phänomen des 21. Jahrhunderts. Menschen, die weit entfernt von ihrem Wohnort einer Erwerbstätigkeit nachgehen, gibt es seit Jahrhunderten. Je nach Definition versteht man unter Wanderarbeiter_innen u.a. Saisonarbeitskräfte, Grenzgänger_innen, projektgebundene oder für eine bestimmte Beschäftigung zugelassene Arbeitnehmer_innen, Seeleute, Arbeitnehmer_innen auf einer Offshore-Anlage, aber auch illegale Beschäftigte.

Die statistische Erfassung von Arbeitsmigrant_innen ist schwierig. Unterschiedliche Definitionen, verschiedene Erhebungen und gravierende Qualitätsunterschiede der Daten erschweren internationale Vergleiche.

Die Geschichte Deutschlands ist seit Jahrhunderten durch Zu- und Abwanderungen von Arbeitskräften geprägt. Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren es vor allem die »Sachsengänger«, Saisonarbeitskräfte aus den östlichen Teilen des Deutschen Reiches. Sie waren meist in der Landwirtschaft tätig und standen für das damalige Bild der Wanderarbeiter_innen. Die zur Unterbringung dieser Arbeiterskräfte errichteten Mietskasernen bestimmten das Dorfbild in vielen Gegenden.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sorgten die beiden verheerenden Weltkriege mit ihren einschneidenden politischen und territorialen Veränderungen in Mitteleuropa für gewaltige Migrationsbewegungen, die in Deutschland etwa bis zum Bau der Berliner Mauer, der Schließung des letzten Schlupfloches im Eisernen Vorhang, andauerten. Anschließend warben beide deutschen Staaten, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, sogenannte Gastarbeiter_innen, um ihren Arbeitskräftebedarf zu decken. In die BRD kamen sie vor allem aus den Mittelmeerländern, in die DDR aus Vietnam, Mosambik und Polen.

In den letzten drei Jahrzehnten, nach dem Ende des Kalten Krieges und verbunden mit den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Osteuropa, hat die Arbeitsmigration in Europa deutlich zugenommen. Um 1990 hat die Bundesrepublik Deutschland mit verschiedenen osteuropäischen Staaten Abkommen geschlossen,

die es Arbeitnehmer_innen aus diesen Staaten ermöglichten, über Werkverträge in Deutschland zu arbeiten. Die boomende Baubranche und bald auch andere Wirtschaftszweige wurden so mit billigen Arbeitskräften versorgt.

Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit

Das Prinzip der Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit gehört zu den vier Grundfreiheiten in der Europäischen Union. Jede_r Bürger_in eines EU-Mitgliedslandes hat das Recht, in einem anderen Mitgliedsstaat zu leben und zu arbeiten.

Da nach dem Beitritt der osteuropäischen Staaten zur EU Anfang des 21. Jahrhunderts aufgrund des großen Wohlstandsgefälles eine starke Wanderungsbewegung befürchtet wurde, beschränkten einige Staaten zunächst die Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit. Hauptzielland der Migrant_innen aus den EU-8-Staaten waren Großbritannien und Irland. Rumän_innen und Bulgar_innen zogen bevorzugt nach Spanien und Italien. Große Auswirkungen auf die Migration hatten die Wirtschafts- und Finanzkrise und die in ihrer Folge entstehende Massenarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Staaten. Von der Arbeitslosigkeit sind vor allem junge Menschen und Migrant_innen betroffen. Viele Osteuropäer_innen wanderten in ihre Heimatländer zurück und Südeuropäer_innen, die in ihrer Heimat keine Arbeit mehr fanden, zogen nach Mittel- und Nordeuropa.

In Deutschland steigt, nach einem Rückgang seit Beginn der 1990er Jahre, seit 2008 die Zuwanderung wieder. Die Meisten kommen aus den ost- und südeuropäischen Ländern. Bemerkbar ist hier ein starker Anstieg seit dem Wegfall der Beschränkung der Freizügigkeit, und vermehrt auch aus den von der Wirtschaftskrise besonders betroffenen südeuropäischen Ländern.

Staatsangehörige aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die sich vorübergehend in Deutschland aufhalten, um hier zu arbeiten, werden als mobile Beschäftigte bezeichnet. Diese Beschäftigten müssen dabei ihren Lebensmittelpunkt nicht dauerhaft nach Deutschland verlegen. Und selbst von denjenigen, die es ursprünglich vorhaben, kehren viele aufgrund der prekären Lebens- und Arbeitssituation enttäuscht in ihre Heimatländer zurück oder wandern in andere Länder weiter.

Mobile Beschäftigte sind in verschiedenen Arbeitsverhältnissen tätig.

Die drei wichtigsten sind:

- Beschäftigte mit Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit,
- Solo-Werkvertragsunternehmer_innen und
- Entsandte Beschäftigte.

Gemeinsam ist ihnen, dass sie sehr oft über Werkverträge angestellt sind, entweder bei einem deutschen oder in einem anderen EU-Land ansässigen Unternehmen oder als formell Selbständige.

Branchen, in denen mobile Beschäftigte überwiegend arbeiten, sind die Bauwirtschaft, die Pflege einschließlich der 24-Stunden-Pflege in Privathaushalten, die Landwirtschaft, die fleischverarbeitende Industrie, der Bereich Transport und Logistik sowie die Gebäudereinigung.

Entsandte Beschäftigte

Wenn Arbeitskräfte auf Anweisung des Arbeitgebenden (also dem entsendenden Unternehmen) für einen vorher begrenzten Zeitraum eine Beschäftigung für dieses Unternehmen im Ausland ausführen, gelten sie als entsandte Beschäftigte.

Europäische Union

Staatenverbund aus zur Zeit 28 Mitgliedsstaaten (letzter Beitritt: Kroatien 2013); verwendete Kürzel:

EU-15: alle Staaten, die schon vor der Erweiterung 2004 zur EU gehörten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien

EU-10: alle Staaten, die 2004 der EU beitraten: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern

EU-8: die osteuropäischen Staaten, die 2004 der EU beitraten: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn

EU-2: Beitritt 2007: Bulgarien und Rumänien

Die besondere Situation der mobilen Beschäftigten, ihre unsichere soziale Lage in Deutschland und die Verantwortung für ihre Familien in ihren Heimatländern, macht sie in hohem Maße erpressbar. Sie sind oft bereit, unwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Hinzu kommt eine weit verbreitete Unkenntnis hinsichtlich der eigenen Rechte am Arbeitsmarkt und der eigenen sozialrecht-

lichen Ansprüche. Geringe Kenntnisse der deutschen Sprache und Abschirmung seitens der Arbeitgeber_innen wirken als zusätzliche Barrieren.

Auffallend ist der Zusammenhang zwischen der Beschäftigung von Arbeitnehmer_innen aus Ost-, Südost- und Südeuropa und prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen. Tendenziell gilt: In den Branchenbereichen, in denen prekäre und atypische Beschäftigung überdurchschnittlich weit verbreitet ist, gibt es überdurchschnittlich viele nicht-deutsche und mobile Arbeitnehmer_innen.

Atypische Beschäftigung

Atypische Beschäftigung steht im Gegensatz zum klassischen Normalarbeitsverhältnis. Diese Beschäftigungsformen zeichnen sich u.a. durch das Fehlen existenzsichernder Entlohnung und/oder eines schriftlichen Arbeitsvertrages, arbeitsrechtlichen Benachteiligungen, wechselnden Arbeitsorten und schlechtem Zugang zu innerbetrieblicher Mitbestimmung aus.

3.1 Fleischindustrie in Deutschland

Deutschland ist Fleischland. Die Tierhaltung ist der wichtigste Produktionszweig der Landwirtschaft und die Fleischwirtschaft die umsatzstärkste und beschäftigungsintensivste Branche der deutschen Lebensmittelwirtschaft, die wiederum eine der drei größten Industrien in Deutschland ist.

Früher galt Fleisch als wertvolles Nahrungsmittel, heute ist es im Vergleich zu anderen Lebensmitteln sehr billig geworden und dadurch wird wesentlich mehr Fleisch gegessen. Der Pro-Kopf-Verbrauch hat sich dabei in den letzten Jahren trotz zahlreicher Lebensmittelskandale und Empfehlungen von Gesundheitsverbänden kaum verändert und liegt bei etwa 60 kg Fleisch pro Jahr. Auch wenn sich immer mehr Menschen gesundheitsbewusster ernähren, ist der Anteil des verkauften Biofleisches sehr gering. Er liegt je nach Fleischart nur bei einem bis drei Prozent. Bei der Masse der Käufer_innen gilt: Der Preis entscheidet, welches Fleisch gekauft wird.

Die Fleischerzeugung ist in den letzten zwanzig Jahren in Deutschland stark angestiegen. Bundesregierung und Fleischindustrie setzen auf eine Ausweitung der Fleischproduktion und eine immer stärkere Exportorientierung. Anfang der 1990er Jahre musste noch Fleisch importiert werden, um den Bedarf zu decken. Mittlerweise ist bei allen Fleischarten ein Exportüberschuss entstanden. Mit diesem Produktionsanstieg ist ein drastischer Strukturwandel verbunden. Immer mehr kleine und mittlere Betriebe geben die Tierhaltung auf, während immer mehr neue Megaställe bewilligt werden. Immer mehr Tiere werden in immer größeren Ställen gehalten. So nahm zum Beispiel die Schweinefleischerzeugung in den letzten zwanzig Jahren um fast die Hälfte zu, die Zahl der Betriebe sank dabei aber um fast 90 Prozent. Noch extremer ist die Entwicklung im Bereich der Geflügelfleischproduktion. Hier stieg im gleichen Zeitraum die Erzeugung von Geflügelfleisch um über drei Viertel, die Zahl der Betriebe sank um fast 95 Prozent. Um Kosten zu reduzieren, spezialisieren sich die meisten Betriebe auf eine Tierart und setzen auf Größenwachstum. Durch neue Produktionsmethoden wie automatisierte Fütterung und Ställe mit Spaltenböden werden immer mehr Tiere durch immer weniger Arbeitskräfte versorgt. Durch Züchtung und intensivere Fütterung steigt die erzeugte Fleischmenge pro Tier. Für Investitionen in Tier- und Umweltschutz bleibt jedoch



aufgrund des Preisdrucks kaum Spielraum. Im Gegenteil, die Haltung einer hohen Zahl von Nutztieren auf engem Raum ist nur unter dem Einsatz großer Mengen von Antibiotika möglich. Das Risiko, dass sich resistente Bakterien bilden, steigt. Stichprobenartige Kontrollen weisen diese resistenten Bakterien auch auf im Handel angebotenen Fleisch nach.¹

Eine weitere Folge der Intensivierung der Fleischproduktion ist die steigende Umweltbelastung. Die Rinderhaltung ist für einen Großteil des Ausstoßes des Treibhausgases Methan verantwortlich. Die anfallende Gülle sorgt für eine Überdüngung des Bodens, die hohe Nitratbelastung wirkt sich auf die Grundwasserqualität aus. Und mit der zunehmenden Fleischproduktion steigt auch der Bedarf an Futtermitteln und damit auch der Import von Sojaschrot als wichtiger Futterkomponente. Soja wird überwiegend aus Südamerika, aus Brasilien, Argentinien und Paraguay, eingeführt. Dort werden vor allem Savannen gerodet, um neue Flächen für den Sojaanbau zu schaffen.

¹ www.bund.net/themen_und_projekte/landwirtschaft/massentierhaltung/antibiotika/, abgerufen am 26.2.2016.

Prekäre Beschäftigung

Unter »prekärer Arbeit« oder »prekärer Beschäftigung« versteht man in der Regel Beschäftigungsverhältnisse, die besonders geringen Lohn, keine soziale Absicherung und eine ungewisse Zukunft für die Beschäftigten mit sich bringen. Dazu zählen unter anderem befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, »Minijobs« und Scheinselbständigkeit.

In den letzten Jahren haben sich auch die Arbeitsbedingungen in der Fleischwirtschaft verändert. Früher wurden hier gute Löhne gezahlt, heute werden sie von schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen bestimmt.

Der Missbrauch von Werkverträgen ist dabei in den letzten Jahren zu einem Instrument für Ausbeutung und prekäre Beschäftigung geworden. Einheitliche Arbeitsgänge werden aufgespalten, die einzelnen Teile als Werkverträge vergeben und die vorher bestehenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen abgebaut. Werkverträge unterliegen nicht der Meldepflicht, so fehlen verlässliche Zahlen über die Anzahl der über Werkvertrag Beschäftigten. Durch den Abschluss von Werkverträgen entstehen intransparente und schwer kontrollierbare Subunternehmensketten. Sie dienen vor allem dem Zweck, zwischenstaatliche Unterschiede im Lohnniveau auszunutzen und die Sozialversicherungsabgaben für das eingesetzte Personal einzusparen. Der durchschnittliche Stundenlohn von Werkvertragsarbeiter_innen liegt nicht einmal bei der Hälfte des Lohns von Festangestellten. Hinzu kommen Trickserien bei der Arbeitszeiterfassung, deutlich übermäßige Abzüge für Unterkunft und Transport sowie weitere willkürliche Kürzungen und Gebühren.

Nach der Aufnahme der mittelosteuropäischen Staaten 2004 in die Europäische Union wurde die Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit bis 2011 nicht angewendet. Menschen aus Mittelosteuropa konnten in dieser Zeit nur im Rahmen von Werkverträgen auf Basis der Entsendung in Deutschland arbeiten. Innerhalb kürzester Zeit wurden zahlreiche Arbeitsverhältnisse auf Werkverträge umgestellt und Deutschland entwickelte sich Anfang des 21. Jahrhunderts zum Billiglohnland.

Werkvertrag und Missbrauch

Ein Werkvertrag regelt den Austausch von Leistungen zwischen Auftragnehmer_in und Auftraggeber_in. Ein konkretes Werk wird gegen die Zahlung einer Vergütung erarbeitet. Immer öfter werden Werkverträge zu Lasten der Beschäftigten missbraucht. In diesen Fällen sind die vorrangigen Ziele des Werkvertrages keine Qualitätserhöhung, sondern Löhne zu drücken, Arbeitnehmer_innenrechte zu unterlaufen und Mitbestimmung auszuhebeln.



So verlagerte zum Beispiel »Danish Crown«, nach eigenen Angaben der größte Produzent von Schweinefleisch in Europa und der größte Exporteur von Schweinefleisch der Welt, einen Großteil seiner Produktion aus Dänemark in das »billige« Deutschland. Etwa 2/3 der dänischen Schlachter_innen verloren dadurch ihre Jobs. Die in Deutschland neu entstandenen Arbeitsplätze wurden auf Werkvertragsbasis mit osteuropäischen Subunternehmen geschaffen. An den Bändern arbeiten fast nur Osteuropäer_innen. Doppelschichten sind hier eher die Regel als die Ausnahme. Gesetzlich vorgeschriebene Pausenzeiten werden nicht eingehalten. Es sind Fälle dokumentiert, wo Arbeiter_innen bis zu 20 Stunden am Tag am Band standen. Widerspruch wird nicht geduldet, Arbeiter_innen werden durch Gewaltandrohung und auch ausgeübte körperliche Gewalt eingeschüchtert.

Viele Osteuropäer_innen kommen hierher, weil sie in ihren Heimatländern um die Existenz ihrer Familien kämpfen. Deshalb arbeiten sie in Deutschland zu solchen Bedingungen. Und sie nehmen auch in Kauf, dass sie zum Teil unter menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht sind und leben müssen.

Mitte September 2015 erfolgte auf zunehmenden öffentlichen und politischen Druck eine freiwillige Selbstverpflichtung der Fleischbranche.² Bis Juli 2016 sollten alle Werkverträge in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Bis Anfang 2016 hatten diese freiwillige Selbstverpflichtung aber lediglich die sechs größten Betriebe unterschrieben. Kein weiterer Betrieb der deutschen Fleischindustrie hatte sich dieser Selbstverpflichtung angeschlossen, sondern sie machte einfach weiter wie bisher. Auch der Leiter der Staatsanwaltschaft in Osnabrück, Bernard Südbeck, äußerte sich in einem Fernsehbeitrag sehr skeptisch zur Selbstverpflichtung: »Solange man in der Fleischwirtschaft Subunternehmer beschäftigt, wird es auch zu kriminellen Machenschaften kommen. Mit Selbstverpflichtungen kommt man da nicht weiter.«³

² siehe hierzu die PM des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 21.9.2015, www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=726962.html, abgerufen am 16.3.2016.

³ Report Mainz-Die neuen Tricks der Fleischmafia vom 6.10.2015.



Aber auch immer mehr Menschen wollen wissen, wie ihre Lebensmittel und vor allem das Fleisch, das sie essen, hergestellt werden. Sie stellen sich Fragen nach den Auswirkungen der Fleischproduktion auf Umwelt und Gesundheit. Sie wollen wissen, ob es bei der Futtermittel- und Fleischproduktion faire und gerechte Arbeits- und Lebensbedingungen gibt und wie die Tiere, von denen Fleisch und Wurst stammen, gehalten werden. Nach einer Umfrage des Bundeslandwirtschaftsministeriums im März 2015 sind mehr als 80 Prozent der Deutschen bereit, höhere Preise für Fleisch und Wurst zu zahlen, wenn sie dadurch zu besseren Haltingsbedingungen der Tiere beitragen.⁴ Nach Angaben der Gewerkschaft NGG würde sich der Fleischpreis nur um etwa 25 Cent je Kilogramm erhöhen, wenn sich alle Unternehmen der Fleischindustrie in Deutschland sozialer verhalten und alle Arbeitnehmer_innen zu normalen Bedingungen beschäftigen würden.⁵ Und das ist doch leistbar.

⁴ Vgl. Fleischatlas 2016, S. 6.

⁵ Vgl. Gleiche Arbeit, gleiche Rechte? Mobile Beschäftigte in Deutschland und im Land Bremen, S. 31. und Tölle, Hartmut/ Schreiner Patrick (Hrsg.): Migration und Arbeit in Europa, Köln 2014, S. 178.

»Das sind ausbeuterische und menschenverachtende Verhältnisse!«

Interview mit Matthias Brümmer, Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) in Oldenburg

Matthias, Du bist Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) in Oldenburg. In welchen Branchen arbeiten hier mobile Beschäftigte?

Im westlichen Niedersachsen haben wir mobile Beschäftigte vermehrt im Bereich der Fleischwirtschaft wie auch bei Saisonkräften im Hotel- und Gaststättengewerbe. Bundesweit finden wir Wanderarbeiter_innen in allen Branchen. Besonders negativ tut sich aber die Fleischbranche hervor. Hier werden die meisten Arbeiten im Rahmen von Werkverträgen erledigt, klassische Leiharbeit spielt fast keine Rolle mehr. Verlässliche Daten über den Einsatz von Werkvertragsarbeiter_innen gibt es aber nicht. Wir als NGG gehen davon aus, dass weit über 40.000 Arbeitsplätze in der deutschen Schlacht- und Zerlegeindustrie mit Werkverträgen besetzt sind. Und es gibt Betriebe, in denen die Stammebelegschaft nur noch zehn Prozent der Belegschaft ausmacht. Der Rest wird über Subunternehmen, und zwar verschiedene Subunternehmen, gestellt. Diese Subunternehmen haben bis zu mehrere tausend Beschäftigte.

Matthias, kannst Du genauer beschreiben, wie der Arbeitsablauf in einem Schlachthof ist und wie mit Werkverträgen Lohndumping betrieben wird?

In einer Produktionskette, zum Beispiel beim Schweineschlachten, hat man nur einen einheitlichen Arbeitsgang – komplett vom Schlachten des Schweins über das Abhängen im Kühlhaus bis es abgekühlt ist und dann weiter zerlegt wird. Im Rahmen von Werkverträgen wird dieser Arbeitsgang aber aufgespalten. Das Reinreiben des Tieres macht dann ein Unternehmen, ein weiteres schlachtet, ein drittes schiebt die Schweine ins Kühlhaus, ein viertes schiebt es aus dem Kühlhaus. Dann erfolgt die Grobzerlegung durch ein weiteres Unternehmen. Manchmal sind hierbei auch zwei, drei oder vier verschiedene Firmen tätig, je nachdem, wie viele Grobzerlegungsstraßen vorhanden sind. Die Feinzerlegung wird dann von fünf

verschiedenen Unternehmen übernommen, die Verpackung schließlich von zehn weiteren. Man hat also eine große Anzahl von Unternehmen, die an einer einzigen Produktionskette hängen. Alle diese Firmen beschäftigen mobile Arbeitnehmer_innen, weil diese billig und nicht tarifgebunden sind. Und alle Unternehmen sind von einer einzigen Entscheidung abhängig – der Entscheidung des Schlachthofs, wie viele Schweine er kauft und schlachtet. Das ist das Modell, durch das Lohnkosten gedrückt werden.

Welche Arbeiten und Tätigkeiten erledigt noch das festangestellte Stammpersonal in den Schlachtbetrieben?

Die Stammbesellschaften in den Betrieben übernehmen die Kontrolle der Subunternehmen, dann auch administrative Tätigkeiten und in einigen Betrieben noch die Versandtätigkeiten. Die Stammbesellschaften sind die Kontrolleur_innen. Nicht umsonst werden sie von vielen »Kapo« genannt.

Eine merkwürdige geschichtliche Verbindung, die sich da aufmacht.

Aus welchen Ländern kommen die mobilen Beschäftigten?

Die mobilen Beschäftigten kommen vor allem aus den östlichen EU-Staaten, aus Polen, Tschechien, der Slowakei, Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Dazu kommen hier in Deutschland lebende prekär Beschäftigte, meist italienischer oder schwarzafrikanischer Herkunft.

Die Fluktuation unter den mobilen Beschäftigten ist sehr groß. In ihren Heimatländern wird ihnen das Paradies versprochen und die Realität sieht dann vollkommen anders aus. Sie sind enttäuscht und kommen auch nicht ansatzweise dazu, Geld für die Familie in der Heimat zur Seite zu legen. Entweder suchen sie sich hier andere Arbeit oder sie kehren total enttäuscht und zum großen Teil auch betrogen in ihre Heimatländer zurück.

Kapo

Vorarbeiter_in, aus dem Italienischen, siehe Caporalen. In Deutschland historisch belegt mit der Bezeichnung eines Funktionshäftlings in einem Konzentrationslager in der Zeit des Nationalsozialismus.



Mit welchem Ziel kommen die mobilen Beschäftigten nach Deutschland und was ist mit ihren Familien?

Die mobilen Beschäftigten werden für eine gewisse Zeit unter Vertrag genommen, meist für ein Jahr. Aber die meisten wollen in Deutschland bleiben, was bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihren Heimatländern auch nachvollziehbar ist. Die Menschen wollen diesem tiefen Elend entkommen und fallen daher auch immer wieder auf diese Häscher herein, die da unterwegs sind.

Im ersten Schritt kommen diejenigen, die hier arbeiten. Und wenn diese sich hier etabliert haben, kommen die Familienangehörigen nach und nach hinterher. Das ist ja auch völlig berechtigt und verständlich. Das Problem ist allerdings, dass die Kinder zum Großteil mit in den Massenunterkünften untergebracht sind. Sie sind dort tagsüber allein oder werden von den Großeltern beaufsichtigt. Eine Kita besuchen sie nicht, Integration erfahren sie nicht und die deutsche Sprache erlernen sie nicht. Kommen sie dann in das schulfähige Alter, stellt dies die Schulen und die Kommunen vor enorme Probleme. Und wir reden hier nicht von Einzelfällen. Allein hier im Oldenburger Land leben mehrere tausend Menschen aus Osteuropa.

Welche Probleme haben mobile Beschäftigte Deiner Erfahrung nach?

Das Hauptproblem ist die völlige Ahnungslosigkeit. Sie kommen mit falschen Vorstellungen, fühlen sich wie im Traum und glauben, dass sie hier in Deutschland das gelobte Land entdecken. Sie haben sich im Vorfeld nicht mal ansatzweise informiert, was hier eigentlich passiert. Sie wissen nur, dass sie nach Deutschland kommen, wofür sie ja auch bezahlen. Teilweise werden sie mit Bussen direkt aus ihrem Heimatland an die Arbeitsstätte gefahren und ans Fließband gestellt. Unter Umständen wird von ihnen auch verlangt, dass sie zwölf Stunden am Tag und mehr arbeiten. Und für viele von ihnen ist es ein großes Schockerlebnis, wenn sie ihre Unterkunft kennenlernen. Es kann nicht sein, dass sie in Zeltstädten leben müssen, in Feriendörfern oder verratzten ehemaligen Hotels untergebracht werden – acht Leute in vier Betten auf 15 Quadratmetern. Das sind miserable Wohnbedingungen, für die auch noch kräftig abkassiert wird. Die Leute sind in kürzester Zeit desillusioniert und völlig eingeschüchtert. Sie sind aber abhängig von diesem Job und dadurch auch erpressbar. Und sie haben Angst, ihre Rechte einzufordern. Sie haben Angst vor irgendwelchen Auswirkungen, Angst vor körperlicher Gewalt und Angst davor, nie wieder einen Job zu bekommen.

Seit einiger Zeit gibt es Beratungsstellen für mobile Beschäftigte. Wie wirken diese Beratungsstellen und was können Gewerkschaften tun?

Unsere Aufgabe als Gewerkschaften ist es, die Menschen zu unterstützen. Man muss auf sie zugehen. Der Schlüssel ist die Sprache. Über die Muttersprache bekommen wir Zugang zu den Arbeiter_innen. Alles Weitere ist dann Ur-Gewerkschaftsarbeit, wie es unsere Großeltern

schon getan haben. Wir müssen die Leute solidarisieren, wir müssen uns mit ihnen auseinandersetzen, wir müssen sie organisieren.

Und wenn man problematische Fälle gefunden hat, was nicht schwer ist, dann ist es wichtig, sie auch öffentlich zu machen. Man muss Ross und Reiter

Beratungsstellen für mobile Beschäftigte

Beratungsstellen dienen mobilen Beschäftigten als Anlaufmöglichkeit. Sie sind ein wichtiger Beitrag für mehr Transparenz und Rechtssicherheit für die Arbeitnehmer_innen. In Niedersachsen werden die öffentlich geförderten Beratungsstellen von der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen e.V. operativ betreut.



nennen, sagen, wer Schindluder treibt und welche Folgen und Auswirkungen das hat. Und dann müssen wir unsere Forderungen auch gegenüber den Arbeitgeberverbänden und gegenüber der Politik klar definieren und vertreten.

Die Beratungsstelle für mobile Beschäftigte leistet gute Arbeit. Bisher waren zwei Mitarbeiterinnen in der Region Weser-Ems tätig. Diese waren mit einem speziell ausgerüsteten Bus in der Region unterwegs und kümmerten sich um alle Wirtschaftsbranchen. Jetzt ist es uns mit der Umsetzung des Projektes »Faire Mobilität« gelungen, das Beratungsangebot für die in der Fleischbranche tätigen Werkvertragsarbeiter_innen auszubauen. In Oldenburg wird eine feste Beratungsstelle mit zwei Mitarbeitern eingerichtet. Ein Kollege spricht rumänisch, der andere polnisch. Die mobil Beschäftigten können sich hier über ihre Rechte informieren und bei Problemfällen an die richtigen Stellen vermittelt werden.

Wie sieht Deine Bilanz der Arbeit der letzten Jahre aus?

Wir haben schon ein paar Sachen erreicht in den letzten 15 Jahren – in doch beinharten Auseinandersetzungen. Wir haben in den letzten Jahren vielen Kolleg_innen helfen können, ihre Ansprüche durchzusetzen und ausstehenden Lohn zu erhalten. Und der Mindestlohn wäre in Deutschland niemals umgesetzt worden, wenn wir nicht auf diese Schweinereinen in der Fleischwirtschaft aufmerksam gemacht hätten. Heute gibt es den Mindestlohn zumindest auf dem Papier. Wobei wir alle wissen oder ahnen, wie versucht wird, über die Nichtbezahlung von Arbeitszeit den Mindestlohn zu umgehen. Wir haben jetzt gemeinsam mit ver.di die Mindestlohn-App entwickelt, die es dem_der einzelnen Arbeiter_in ermöglicht, die eigene Arbeitszeit individuell mit dem Smartphone zu dokumentieren.

Und in den letzten Jahren ist es uns gelungen, die Stellung der Betriebsräte zu stärken. Es ist uns schon gelungen, in vielen Betrieben, auch in Subunternehmen, Betriebsräte zu bilden. In vielen Betrieben gibt es einen hohen Organisationsgrad, also viele Beschäftigte sind Gewerkschaftsmitglied. Und die Betriebsräte stehen nicht mehr wie das Kaninchen vor der Schlange vor der Unternehmensführung. Für einzelne Kolleg_innen haben wir auf dem Klageweg ihre Ansprüche durchgesetzt. Bei Unternehmen, die in Insolvenz gegangen sind, haben wir einen

Sozialplan ausgehandelt und für die Kolleg_innen eine nicht unerhebliche Abfindungszahlung erreicht.

Es bleibt aber noch viel zu tun, um die Situation für alle Beschäftigten in der Fleischindustrie zu verbessern. Die Rechte der Betriebsräte müssen gestärkt werden. Dafür brauchen wir eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes. Und bestimmte Bereiche des Arbeitsrechts müssen Bestandteil des Strafrechts werden. Es kann doch nicht sein, dass man Leute permanent um ihren Lohn betrügt und dann faktisch straffrei ausgeht. Das ist kein Kavaliersdelikt. Das muss sich ändern, um Arbeitgeber endlich davon abzuhalten, solche ausbeuterischen und menschenverachtenden Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Zum Weitersehen:

In den Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Sender und bei youtube.de gibt es sich zahlreiche Reportagen zum Thema Fleischwirtschaft in Deutschland.

Auf der youtube-Seite von Matthias Brümmer, Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) in Oldenburg, finden sich zahlreiche Videos.

www.youtube.com/user/mabrue11/featured

Empfehlenswert sind:

- Die Reportage – Die Fleischmafia. Das geheime Netzwerk der Schlachthöfe von Michael Nieberg, 2015.
www.youtube.com/watch?v=qUxb1rnyHQ
- Beitrag bei Report Mainz vom 6.10.2015: Die neuen Tricks der Fleischmafia
www.youtube.com/watch?v=1oOgJ7tFwDU
- Beitrag bei Report Mainz vom 3.11.2015: So werden Arbeiter in Schlachthöfen ausgebeutet
www.youtube.com/watch?v=YpJoJ6QUeQ0
- Die Fleischmafia, ein Film von Adrian Peter
www.youtube.com/watch?v=wLU5yZ1gm-8

3.2 Bittere Früchte

Unzählige Menschen schufteten auf den Obst- und Gemüseplantagen Süditaliens. Es sind vor allem Personen aus Afrika, Osteuropa, Asien, aber nach Jahren der Wirtschaftskrise auch immer mehr Einheimische. Zehntausende Saisonarbeiter_innen sind illegal beschäftigt, tausende arbeiten unter sklavenähnlichen Bedingungen. Sie arbeiten als Tagelöhner_innen bei der Trauben-, Oliven- und Orangenernte, auf Tomaten-, Zwiebel- und Erdbeerfeldern, in Pfirsich- und Aprikosenplantagen.

Organisiert wird die Erntearbeit von sogenannten »Caporali«. Das kriminelle System des »Caporalato« ist in Süditalien weit verbreitet. Die »Caporali« sind Mittler_innen zwischen den Landwirtschaftsbetrieben und den Arbeiter_innen. Sie heuern die Arbeitskräfte an, sorgen für den Transport und bestimmen, wo und wann und zu welchen Konditionen gearbeitet wird. Dafür kassieren sie einen Teil, oft sogar die Hälfte des Lohns. Rechte haben die Arbeitskräfte kaum. Arbeitsschutzmaßnahmen gibt es nicht, ebenso wenig Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Wer sich beklagt, wird bedroht und auch körperlich misshandelt. Die Arbeitszeit beträgt zwölf Stunden und länger. Im Sommer 2015 gab es mehrere Todesfälle, verursacht durch Überanstrengung bei Hitze und sklavenähnlicher Arbeit auf den Feldern.

Zur Arbeit wird oft angeheuert, wer den geringsten Lohn akzeptiert. Ideale Opfer der »Caporali« sind daher die Zehntausenden illegalisiert im Land lebenden Geflüchteten sowie Asylbewerber_innen, die zwar nach sechs Monaten eine Arbeitserlaubnis bekommen, aber keine Aussicht auf einen regulären Arbeitsplatz haben. Viele von ihnen sind den Vermittler_innen sogar dankbar, wenn sie für wenige Euro am Tag schufteten dürfen, sichert doch der kärgliche Lohn ihr tägliches Überleben.

Afrikanische Flüchtlinge werden dabei meist noch schlechter bezahlt als Italiener_innen oder Osteuropäer_innen. Zehntausende Afrikaner_innen kamen in den letzten Jahren nach Europa, wobei Europa für die meisten Flüchtlinge, die ihre Heimat aufgrund von Bürgerkriegen oder wirtschaftlicher Not verlassen mussten, nicht vorrangig das Ziel war. Viele hatten in Nordafrika oder im Nahen Osten

Zuflucht und Arbeit gefunden, bis Umstürze und Bürgerkriege dort für eine erneute Fluchtwelle sorgten. Eine der Hauptfluchtrouten führte auf die nur etwa 110 km von der tunesischen Küste entfernt gelegene kleine italienische Insel Lampedusa. Die Flüchtlinge nahmen und nehmen dabei das Risiko einer Überfahrt in oft kaum seetüchtigen, völlig überfüllten Booten und Schiffen auf sich. Tausende ertranken im Mittelmeer – und ertrinken weiterhin.

Nach einer Erstversorgung auf Lampedusa erfolgt eine Verteilung auf Aufnahmezentren auf Sizilien oder dem italienischen Festland, wo die Asylverfahren durchgeführt werden. Diese Verfahren dauern oft Monate. Während des Verfahrens werden die Menschen häufig aus den Unterkünften verwiesen. Sie stehen dann buchstäblich auf der Straße, ohne Papiere und ohne Hilfe. Reguläre Arbeit zu finden, ist für abgelehnte Asylbewerber_innen unmöglich, aber auch diejenigen, deren Asylantrag angenommen wurde, haben kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Es bleibt nur die Zuflucht in Slums und die Aussicht auf Tagelöhnertätigkeit.

Zwei Drittel der Saisonkräfte leben unter katastrophalen Bedingungen: im Freien, in Zelten, selbstgezimerten Baracken oder verlassenen Häusern, ohne Wasser, Strom und Toiletten. Slumsiedlungen mit hunderten Bewohner_innen sind keine Seltenheit. Verheerend wirken sich die Zustände in den Lagern und die schwere Arbeit auf den Gesundheitszustand der Migrant_innen aus. Viele erkrankten aufgrund der katastrophalen Arbeits- und Lebensverhältnisse: »Die Immigrant_innen kommen gesund nach Italien, erkranken aber bald wegen der verheerenden Lebensverhältnisse auf den Feldern«, fasst ein Arzt aus Foggia die Situation zusammen.⁶

Einer der größten Slums befindet sich in Kalabrien, in der Nähe der Kleinstadt Rosarno. Die knapp 15.000 Einwohner_innen zählende Stadt ist ein Zentrum des Zitrusfrüchteanbaus. Rosarno ist aber auch eine Hochburg der kalabrischen Mafia, der »'Ndrangheta«. Das strukturschwache Kalabrien ist bis heute ein Auswande-

⁶ Vgl. NZZ, 11.1.2010.



rungsland. Arbeitslosigkeit und Korruption sind hoch, der Tourismus wenig entwickelt. Die Mafia kontrolliert Wirtschaft und Politik.

Europaweit bekannt wurde Rosarno Anfang 2010, als es zu mehrtägigen gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Bewohner_innen und Polizei sowie Einwanderer_innen kam. Zu dieser Zeit waren in der Gegend um Rosarno etwa 4.000 Migrant_innen überwiegend illegal als Saisonarbeitskräfte tätig. Etwa 1.000 von ihnen hausten in einer alten Fabrik, in der es nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks lediglich acht Chemietoiletten und drei Duschen gab. Andere lebten in verlassenen Bauernhöfen. Ausgelöst wurden die Unruhen durch Schüsse, die Unbekannte auf Erntehelfer_innen abgefeuert hatten. Viele Migrant_innen, die meisten mit einer gültigen Aufenthaltsgenehmigung, flohen aus der Stadt und verzichteten aus Angst auf ihren Lohn. Andere wurden von den Behörden in Notunterkünfte in weit entfernten Städten gebracht.⁷

⁷ Vgl. <https://web.archive.org/web/20100113072456/http://www.tagesschau.de/ausland/italien268.html>

Das System des »Caporalato« ist seit 2011 verboten, Haftstrafen von bis zu acht Jahren drohen. Aber alle Versuche von Justiz und Politik, dieses System zu bekämpfen, sind bisher gescheitert. Aus Angst, ihre einzige Einnahmequelle zu verlieren, schweigen die meisten Tagelöhner_innen und verweigern die Zusammenarbeit mit Polizei und Staatsanwaltschaft.⁸

In den letzten Jahren haben sich die Arbeitsbedingungen durch die weltweiten wirtschaftlichen Krisen weiter verschlechtert. Migrant_innen aus Osteuropa und Afrika sorgen für zusätzliche Konkurrenz um die wenige Arbeit und drücken das Lohnniveau.

Der italienische Agrarverband Coldiretti gibt allerdings zu bedenken, dass vor allem die Dumpingpreise für Obst und Gemüse das System der Ausbeutung am Leben erhalten. Ein_e apulische_r Landwirt_in erhält etwa acht Cent pro Kilogramm Tomaten und ein_e kalabrische_r kaum zehn Cent pro Kilogramm Orangen. Das meiste Geld an Obst und Gemüse verdient der Supermarkt am Ende der Handelskette. Daher fordert die italienische Gewerkschaft FLAI-CGIL schon seit Jahren von der Europäischen Union die Einführung eines ethischen Preiskodexes, um das Recht auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die Verbraucher_innen sollen nicht nur die Herkunft der Produkte erfahren, sondern auch, wer wie viel daran verdient.⁹

⁸ Vgl. www.wildcat-www.de/aktuell/a089_nardo.html, abgerufen am 23.2.2016.

⁹ Vgl. Rieth, Katja: Weltbilder-Italien: Tortur beim Tomatenanbau, TV-Beitrag im NDR vom 8.9.2015; Angaben Prof. Reckinger.

»Wir sehen das neue Gesicht der Sklaverei!«

Interview mit Dr. Gilles Reckinger, Professor für interkulturelle Kommunikations- und Risikoforschung an der Universität Innsbruck

Herr Professor Reckinger, Sie forschen seit Jahren über die Situation der afrikanischen Flüchtlinge auf Lampedusa und über ihr weiteres Schicksal in Italien. Und Sie waren in den vergangenen Jahren mehrmals selbst auf Lampedusa, der Insel der Bootsflüchtlinge. Wie ist die Situation dort auf der Insel, die ja zu einem Synonym für Flüchtlingsdramen und einer nicht funktionierenden Flüchtlingspolitik in Europa geworden ist?

Unser Forschungsprojekt begann 2008. Wir sahen im Fernsehen die überfüllten Flüchtlingsboote und fragten uns: Was passiert da? Wie leben die Menschen dort? Die Medien richten reflexartig ihr Interesse auf diese kleine Insel, wann immer eine besondere Tragödie zu vermelden ist. Aber von einer großen Zahl von Unglücken bekommen wir hier in Mitteleuropa überhaupt nichts mit, weil sie weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit passieren.

Mit dem Symbol Lampedusa wird Bilderpolitik gemacht. Wir sehen immer wieder diese Bilder von überfüllten Flüchtlingsbooten und es wird damit der Eindruck eines Flüchtlings«stroms» vermittelt, so als handele es sich um eine riesengroße Zahl von Menschen. Dabei fällt aber unter den Tisch, dass die Zahl der afrikanischen Flüchtlinge in einem Europa mit annähernd einer halben Milliarde Einwohner_innen kaum ins Gewicht fällt.

Das Interessante auf Lampedusa war, dass man dort eigentlich keine Flüchtlinge zu Gesicht bekam. Die Migrant_innen waren in Lampedusa nicht sichtbar, in der Wohnbevölkerung sowieso nicht und im Straßenbild auch nicht, weil sie sofort weggesperrt wurden. Sie wurden auf Lampedusa nur erstversorgt und dann nach wenigen Tagen nach Sizilien oder auf das italienische Festland in andere Flüchtlingszentren gebracht. Heute ist es schon ein bisschen anders. Man sieht heute Flüchtlinge auf Lampedusa, weil sie nicht mehr eingesperrt werden, sondern sich tagsüber auf der Insel bewegen dürfen. Aber sie bleiben immer noch nur kurz auf Lampedusa und sind dann weg. Sie arbeiten nicht auf der Insel.



Die Menschen auf Lampedusa sind sehr arm. Die Arbeitslosigkeit beträgt im Winter 80 Prozent. Die Bewohner_innen leben vom Fischfang und vom Tourismus. Die Flüchtlingsproblematik ist für die Inselbewohner_innen, auch wenn es erst einmal hart klingt, nicht das Hauptproblem. Sie fühlen sich mit ihren eigenen Problemen von der EU und vom italienischen Staat allein gelassen. Und sie sehen mit Argwohn die zunehmende Militarisierung der Insel. Andererseits haben sie Erfahrung mit dem Meer und mit Schiffbruch. Es gibt eine ganz unmittelbare Solidarität mit den Bootsflüchtlings. Deren Schicksal lässt sie nicht kalt, aber man muss auch bedenken, dass die Aufnahme von Flüchtlingen bis vor kurzem unter Strafe stand. Wenn man sie zu sich an Bord nahm und ihnen damit den Weg in die EU öffnete, machte man sich der Schlepperei schuldig. Lampedusa lebt in den Sommermonaten vom Tourismus, vom Badetourismus norditalienischer Großstädter_innen. Es gab nie einen Zusammenhang zwischen Tourismus und Flüchtlingen.

Das war ein erstaunliches Ergebnis unserer Forschung: Dass es auf einer Insel, auf der so viele Flüchtlinge ankommen, keinen Kontakt mit ihnen gibt. Und wir wollten dem dann nachgehen, wo diese Migrant_innen landen und wo man sie wirklich sieht. Und daraus entstand unsere neue Forschung »Bitter Oranges«. Weil wir herausgefunden haben, dass viele Migrant_innen, vor allem die Männer, in sehr



großer Zahl, auf den süditalienischen Obst- und Gemüseplantagen arbeiten und dort ihr Auskommen finden müssen.

Sie haben es angesprochen: Die Flüchtlinge werden sehr schnell an andere Orte gebracht, nach Sizilien und auf das Festland. Was passiert dort mit ihnen? Treten sie dort in der Öffentlichkeit in Erscheinung?

In Italien sieht man die Migrant_innen in den Flüchtlingszentren und in deren Umgebung. Während der Asylverfahren, die oft Monate dauern, werden sie über kurz oder lang meist aus den Unterkünften verwiesen, damit sie nicht »durchgefüttert« werden müssen. Einige fahren dann weg, um irgendwo informell Arbeit zu suchen. Wer sich das nicht leisten kann, bleibt vor den Lagern und muss darauf hoffen, dass irgendwer etwas zu Essen rausbringt.

Vor allem sieht man die Migrant_innen aber in Arbeitswelten. Sie bekommen in der Zeit, wo das Verfahren läuft, keinerlei Unterstützung. Und auch dann, wenn sie einen Ausweisungsbescheid bekommen haben, erhalten sie keinerlei Papiere, die ihnen erlauben würden, der Aufforderung, das Land zu verlassen, auch tatsächlich nachzukommen. Sie müssen also versuchen, irgendwo zu arbeiten. Und sie finden Arbeit in der Landwirtschaft, vor allem in den landwirtschaftlich geprägten Provinzen Süditaliens. Dort auf den Plantagen sind sie für alle sichtbar.

Wie gelangen die Migrant_innen an Arbeit?

Die Leute gehen auf den Straßenstrich. In Rosarno sieht man morgens in der Früh in der Hochsaison hunderte subsaharische Afrikaner_innen auf der Straße stehen. Und sie hoffen, dass sie jemand abholt. Meistens sind das Lieferwagen, die dann vollgestopft werden mit Menschen, so viele wie reinpassen. In einem Minibus sind dann 20 bis 30 Leute, sie werden zu den Feldern gefahren und können dort als Tagelöhner_innen arbeiten. Wenn sie Glück haben, werden sie am Ende des Tages auch bezahlt. Das ist aber bei weitem nicht immer der Fall.

Die Arbeit auf den Orangenplantagen ist körperlich anstrengend und wird sehr schlecht bezahlt. Die Arbeitsbedingungen, auch aufgrund des im Winter meist nasskalten Wetters, sind sehr schlecht. Wetterschutzbekleidung kann sich kaum ein_e Migrant_in leisten. Pro Kiste gepflückter Orangen bekommt ein_e Arbei-

ter_in 50 Cent, das sind ungefähr zwei Cent pro Kilogramm. Mehr als 25 Euro kann man damit pro Tag nicht verdienen. Davon werden aber noch ungefähr fünf Euro für den Transport zum Feld abgezogen. Da es auch nicht jeden Tag Arbeit gibt, liegt der Verdienst der Hilfsarbeiter_innen ungefähr bei 150 bis 300 Euro pro Monat. Und das ist auch nur während der Saison von November bis März möglich. Mit diesem Verdienst ist auch in Kalabrien kein menschenwürdiges Leben möglich.

Sie waren mehrfach in Kalabrien und hatten Kontakt zu afrikanischen Arbeiter_innen. Wie leben die Migrant_innen dort rund um Rosarno?

Es war für uns schockierend zu sehen, dass sich dort richtige Slums bilden. So wie man es aus dem Fernsehen aus den Ländern der sogenannten Dritten Welt kennt. Die Menschen sind gezwungen, weil sie keine andere Möglichkeit haben, sich Hütten aus Pappe, Plaste, Blechen und Müll zu bauen, an Stadträndern oder in Wäldern, wo sie versuchen, einfach zu überleben. Das Überleben gelingt aber auch nur, weil die Menschen sehr solidarisch untereinander sind, weil sie das Wenige, was sie haben, miteinander teilen.

Es gibt in Rosarno auch ein kleines Containerlager für etwa 200 Leute. Dort leben acht bis zehn Personen in einem Container, die jeweils auch Wasseranschluss und Kochgelegenheiten besitzen. Plätze in diesem Lager bekommt aber nur, wer rechtzeitig dort ist, und wer über finanzielle Reserven verfügt, um auch ein oder zwei Monate ohne Verdienst zu überbrücken. Der größere Teil der Arbeiter_innen lebt in Zeltlagern ohne elektrischen Strom und Anschluss an die Kanalisation. Die Lager sind zu einer richtigen Zeltstadt gewachsen. Dort leben etwa 2.000 Menschen wie in einem Township. Menschen aus allen Ländern Afrikas, aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen leben friedlich zusammen. Man erlebt hier viel Positives.

Wie ist die Einstellung der Migrant_innen zum italienischen Staat? Sie haben ja fast nur negative Erfahrungen gemacht und kaum Chancen auf ein selbstbestimmtes, menschenwürdiges Leben.

Das ist etwas, das mich immer wieder verwundert. Die Menschen sind zum Teil



erst drei oder vier Monate in Italien und haben von Italien noch nichts Schönes gesehen. Trotzdem sind sie dem Land gegenüber sehr loyal. Sie gehen gern arbeiten, obwohl sie so schlecht verdienen. Und sie lernen besonders schnell die italienische Sprache. Oft ist in den Slums, in denen ja Menschen aus vielen unterschiedlichen afrikanischen Ländern leben, die italienische Sprache die Alltagssprache. Sie hadern nicht mit den Europäer_innen, nicht mit den Italiener_innen. Sie kennen Rassismus auch aus Afrika und akzeptieren fatalistisch, dass sie nicht die besten Jobs bekommen.

Wie kann man die Lebens- und Arbeitsverhältnisse charakterisieren?

Wir nennen es das »neue Gesicht« der Sklaverei, weil es eine andere Form der Sklaverei ist. Die historische Sklaverei zeichnete sich dadurch aus, dass die Leute dem Arbeitgeber wie Gegenstände »gehörten«. Das ist heute nicht mehr so. Diese Leute sind eigentlich frei. Sie könnten gehen, wohin sie wollen. Sie könnten sich legal Arbeit suchen. Aber sie sind aufgrund der Bedingungen im Würgegriff der Arbeitgeber. Sie sind dort gestrandet. Der Norden Italiens ist weit weg, andere europäische Länder sind weit weg. Nach Afrika können sie nicht zurück. Sie hängen in dieser Zone in Süditalien fest und können nur hoffen, dass sie zu diesen Bedingungen ihr Auskommen finden können.

Diejenigen, die Glück haben, also die, die fünf- bis zehnmal im Monat Arbeit haben, verdienen soviel, dass sie weiterreisen können, dass sie der Arbeit hinterziehen können. Aber diejenigen, die Pech haben – und das sind die meisten – bleiben in der Gegend um Rosarno hängen. Im Sommer spitzt sich die Notlage dann zu und die allermeisten können sich nur noch unregelmäßig satt essen. Und das, um es noch mal richtig deutlich zu sagen, mitten in Europa.

Es ist ganz wichtig zu sagen und klarzumachen, dass dies kein lokales italienisches Problem ist, sondern ein Effekt der europäischen Grenzpolitik, der europäischen Migrationspolitik und des Zugangs zur Arbeitswelt. Es gibt ein großes Interesse an einer möglichst großen Reservearmee von Leuten, die Arbeit zu jeden Bedingungen annehmen müssen.

»Das ist moderne Sklaverei!«

F. stammt aus einem westafrikanischen Land, das er nach einem Konflikt mit dem nationalen Militär verlassen musste. Er ist mit fast 50 Jahren einer der älteren Bewohner des Slums und bemüht sich, seiner Frau und seinen Kindern regelmäßig Geld zu schicken.

[Sinngemäße Übertragung eines Berichtes, der von Prof. Reckinger 2014 in Rosarno dokumentiert wurde.]

»Sie sehen auf dem Foto, wie wir leben. Wir sind in Lagern außerhalb der Stadt untergebracht. Wenn jemand dahin kommt, wo wir leben, wo wir schlafen, sieht er: wir sind von der Außenwelt abgeschnitten, wir sind isoliert. Wir sind zwei Kilometer entfernt von der einen Stadt, drei Kilometer von einer anderen Stadt und fünf Kilometer von einer dritten Stadt. Wir sind im Niemandsland zwischen drei Städten. Sie haben extra diesen Platz ausgewählt, um uns hier unterzubringen. Wir müssen dort leben, weil nicht gewollt ist, dass wir gemeinsam mit Einheimischen in der Stadt leben. Und es scheint, dass es von der italienischen Regierung und von den Behörden stillschweigend geduldet wird. Sie nehmen keine Notiz von uns. Die Regierung interessiert nicht, was auf ihrem Staatsgebiet passiert. Die Leute arbeiten hier ohne Vertrag. Nicht nur diejenigen, die sich hier illegal aufhalten, sondern auch die, die gültige Papiere haben. Es müssten Kontrollen stattfinden und wenn dabei illegal Beschäftigte erwischt werden, müssten die Arbeitgeber bestraft werden. Sie müssten mit einem Bußgeld belegt werden. Aber es passiert nichts. Wenn die Polizei auftaucht, zeigt sie kein Interesse an unserer Situation, daran, wie wir arbeiten.

Wir verhungern hier nicht. Aber die Situation ist schwierig. Du weißt nicht, ob du heute was zum Essen hast, ob du dich satt essen kannst oder auch mal ein oder zwei Tage hungern musst. Wenn du nicht arbeitest, hast du nichts zu essen! Und darum sind wir gezwungen, jede Arbeit anzunehmen, zu jedem Preis.



Wenn die Landwirte Arbeitskräfte brauchen, kommen sie zu uns und rekrutieren uns für die Arbeit. Aber es gibt immer Schwierigkeiten. Du arbeitest tageweise, wochen- oder monatelang für einen italienischen Arbeitgeber. Aber er zögert die Bezahlung heraus oder zahlt überhaupt nicht. Das ist inakzeptabel! Du arbeitest schwarz. Es ist illegale Arbeit. Der Arbeitgeber sollte eigentlich in Panik sein, dass die Polizei ihn mit dir sehen könnte und ihn fragen würde: »Wie ist Ihre Beziehung zu diesem Schwarzen?« Aber die Arbeitgeber fürchten sich nicht! Sie haben keine Angst vor Kontrollen der Behörden. Das ist unser größtes Problem. Wenn du den Arbeitgeber nach deinem Geld fragst, sollte er zahlen und dich in Ruhe lassen. Aber er verzögert die Zahlung drei- oder viermal. Oder er sagt: »Ich habe dich schon bezahlt. Wenn du dich beklagen willst, geh zur Polizei.« Wenn du zur Polizei gehst, sagen sie dir dort, dass es illegale Arbeit ist, dass es keine gesetzlich zulässigen Bedingungen sind, dass sie nichts machen können, und dass du nur versuchen kannst zu verhandeln. Aber wenn du kein Geld hast, kannst du nicht weggehen. Und so halten sie uns hier. Es ist schwierig! Sie halten uns hier fest, weil sie nicht regelmäßig zahlen.



Sie haben uns unter sklavenähnlichen Bedingungen hier festgesetzt. Sie behandeln uns wie Sklaven. Heutzutage ist es keine Sklaverei wie früher, keine Sklaverei wie im 18. Jahrhundert – heute ist es moderne Sklaverei. Sie halten uns hier, wir werden schlecht bezahlt. Und wenn du nicht genug Geld hast, um wegzugehen, musst du hierbleiben! Aber selbst wenn du weggehst, es ist überall dasselbe. Du bleibst dort auch nur für ein oder zwei Monate. Dann kommst du wieder hierher zurück. Auf Sizilien beginnt im November die Olivenernte, im Januar ist sie beendet. Danach gehen die Leute nach Rosarno zur Orangenernte. Anschließend geht es weiter auf die Tomatenplantagen rund um Foggia. Man kann von einem Teufelskreis sprechen. Er wiederholt sich jedes Jahr. Und ob du einen Monat dabei bist oder zehn, ist völlig egal. Du kannst in einem Jahr keine 1.000 Euro verdienen. Das ist so. Es ist moderne Sklaverei! Sie haben uns nicht angekettet, sie misshandeln uns nicht! Aber sie tun es psychisch!«

Freihandelszonen und Wirtschaftsflüchtlinge¹⁰

2015 sind mehr als 170.000 Afrikaner_innen nach Europa geflohen. Fast die Hälfte von ihnen kam aus Westafrika. Die Regierenden der europäischen Staaten nennen sie »Wirtschaftsflüchtlinge«. Doch wo liegen die Ursachen für die Flucht?

Nach ihrer Unabhängigkeit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erhielten viele afrikanische Staaten von ihren ehemaligen europäischen Kolonialherren das Zugeständnis, Waren zollfrei nach Europa einzuführen. Europäische Staaten ihrerseits mussten Zölle zahlen, wenn sie Waren in afrikanische Staaten exportierten. Auf Druck der Welthandelsorganisation und des Internationalen Währungsfonds werden diese Vorteile mittlerweile schrittweise abgebaut. Sogenannte Wirtschaftspartnerabkommen zwischen der Europäischen Union und afrikanischen Staaten senken die afrikanischen Schutzzölle oder heben sie ganz auf. Dadurch werden europäische Waren auf dem afrikanischen Markt billiger.

Diese Handelspolitik der EU hat fatale Folgen für die afrikanischen Staaten. Offizielles Ziel ist es zwar, die Lebensbedingungen in Afrika zu verbessern. Bewirkt wird aber das Gegenteil. Vor allem werden Absatzmärkte für die europäischen Produzent_innen gesichert, und zwar für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der riesigen Agrarkonzerne. Für Erzeugnisse, die in Europa produziert und von der EU hoch subventioniert werden. Gleichzeitig verschlechtert dieser Export großer Mengen europäischer Waren zu Dumpingpreisen die Chancen der einheimischen Landwirt_innen, ihre Produkte zu verkaufen und entzieht ihnen damit ihre Lebensgrundlage. Europäische Exporte riesiger Mengen an Tomatenmark, Milchpulver oder Tiefkühlhähnchen haben direkte Auswirkungen auf die afrikanische Wirtschaft: Die Geflügelwirtschaft liegt brach, die Milchbauer_innen kämpfen ums Überleben, die Tomatenproduzent_innen werden ihre Ernte nicht mehr los.

So musste die Regierung Ghanas im Jahr 2000 unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds Strukturreformen einführen. Dazu gehörte auch die Senkung des

¹⁰ Die Informationen entstammen folgenden Artikeln: Mathilde Auvillain/Stefano Liberti: Tomatensoße für Ghana, in *Le Monde diplomatique*, deutsche Ausgabe, 7.8.2014. Matthias Krupa/Caterina Lobenstein: Ein Mann pflückt gegen Europa, in: *Die Zeit*, 17.12.2015.

Einfuhrzolls auf Tomatenmark. In dem westafrikanischen Land werden traditionell viele Tomaten verzehrt, kaum ein Gericht kommt ohne aus. Vielen Bäuer_innen, aber auch Zulieferer_innen, Dienstleister_innen und Betreiber_innen von Restaurants und Imbissbuden, sicherte der Anbau von Tomaten den Lebensunterhalt. Bis zu 25 Personen sind daran beteiligt, eine Tomate vom Feld auf den Teller zu bringen.

Nach der Aufhebung der Schutzzölle wurde der ghanaische Markt von Tomatenimporten geradezu überflutet. Italienisches Tomatenmark ist trotz der hohen Lager- und Transportkosten dank der EU-Subventionen, die weit über die Hälfte des Marktpreises ausmachen, billiger als die vor Ort hergestellten Produkte. Von 1998 bis 2003 gab es eine Zunahme des Tomatenmarkimports um 650 Prozent. Der Zustrom der importierten Ware war so massiv, dass sich die Ernährungsgewohnheiten der Ghanaer_innen verändert haben. Die Verbraucher_innen ziehen heute Tomatenmark vor, weil es billiger und haltbarer als frische Tomaten ist. Die Folgen für die einheimische Wirtschaft sind gravierend: Produzent_innen können ihre Tomaten kaum noch zu kostendeckenden Preisen verkaufen. Die Entwicklung einer eigenen tomatenverarbeitenden Industrie ist blockiert. Bestehende Betriebe wurden geschlossen und tausende Arbeitsplätze gingen verloren. Viele Bäuer_innen gaben den Tomatenanbau auf oder produzieren nur noch für den Eigenbedarf. Andere versanken in Schulden und waren gezwungen, ihre Geschäftsgrundlage aufzugeben.

Ghana ist heute auf den Import von Tomatenmark angewiesen. Anfangs hatten italienische Produkte eine Monopolstellung, zunehmend drängt aber auch chinesisches Tomatenmark auf den lukrativen Markt. Die Regierung hat, als sie sich dem Diktat des Internationalen Währungsfonds beugte, das Land mit Blick auf ein Grundnahrungsmittel abhängig vom Ausland gemacht, viele Menschen um ihren Lebensunterhalt gebracht und vor allem die Jüngeren auch dazu gezwungen, ihr Glück im Ausland zu suchen.

Einige schlägt es bis nach Europa – ein langer, teurer und gefährvoller Weg, denn allein 2015 starben nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten

Nationen über 3.500 Afrikaner_innen bei der Flucht über das Mittelmeer. In Europa angekommen machen sie das, was sie in ihrer Heimat aufgeben mussten: Obst und Gemüse ernten. Jetzt aber nicht mehr als selbständige Bäuer_innen sondern als moderne Sklav_innen. Das geerntete Obst und Gemüse wird als Frucht oder verarbeitet in Konserven nach Afrika exportiert und wird dort weitere Existenzen einheimischer Produzent_innen vernichten.

Die Widersinnigkeit des globalisierten Markts hat dazu geführt, dass Tomatenmark um die ganze Welt geschickt wird und dabei auch in Gegenden landet, die bereits Tomaten produzieren – und deren Tomatenproduktion daran zugrunde geht.



3.3 Katar 2022 – Eine Fußball-WM in der Wüste

Die alle vier Jahre stattfindenden Fußballweltmeisterschaften entwickelten sich in den letzten Jahrzehnten zu einem der wichtigsten Sportereignisse. Sie sind nicht nur ein mediales Großereignis, sondern auch ein Riesengeschäft. Das jeweilige Gastgeberland erhofft sich zudem durch die Ausrichtung wichtige gesamtwirtschaftliche Impulse.

In den letzten Jahren wurden mehrfach Fußballweltmeisterschaften aus kommerziellen und politischen Gründen in den USA, in Japan und Südkorea sowie Südafrika ausgetragen. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung ist die Vergabe der WM an Katar, an ein Land ohne Fußballtradition, mit schwierigen klimatischen und fragwürdigen politischen Bedingungen, ein Land, in dem Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Kommerzialisierung

Ausbreitung der ökonomischen Handlungslogik in andere gesellschaftliche Bereiche.

Die im Dezember 2010 erfolgte Vergabe der Fußball-WM 2022 an Katar war von massiven Korruptionsvorwürfen begleitet. Nach Einschätzung des FIFA-Chefinspektors für die Austragungsorte lieferte Katar die mit Abstand schlechteste Bewerbung. Von Anfang an war die Entscheidung umstritten. Der Verdacht lag nahe, dass es bei der Abstimmung nicht mit rechten Dingen zugegangen sei. Bekräftigt wurde der Verdacht durch die folgende Entwicklung: Seit 2011 gab es dreizehn personelle Wechsel im FIFA-Exekutivkomitee. Fast alle standen in Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen.

Vergabe der WM

Über die Vergabe der Fußballweltmeisterschaften entscheidet das FIFA-Exekutivkomitee. Es umfaßt zur Zeit 25 Vertreter_innen der kontinentalen Verbände. Bei der Wahl 2010, bei der Katar zum Austragungsort 2022 gewählt wurde, gaben 22 Exekutivmitglieder ihre Stimme ab. Katar setzte sich in der 4. Wahlrunde mit 14 zu 8 Stimmen gegen die USA durch.

Kritik an der Austragung der WM in Katar gab es von Anfang an auch wegen der klimatischen Verhältnisse. Im Sommer steigen dort die Temperaturen regelmäßig auf über 45 Grad Celsius, die Luftfeuchtigkeit liegt bei etwa 90 Prozent. Neben klimatisierten Stadien sollten auch klimatisierte Fanzonen entstehen – ökologischer Wahnsinn und gesundheitsgefährdend für Spieler und Fans. Anfang 2015



entschied die FIFA, dass die Fußball-WM erstmals im Spätherbst stattfinden wird. Das Finale wird am 18. Dezember 2022, am vierten Advent und gleichzeitig Nationalfeiertag Katars, stattfinden. Eine Umstellung aller nationalen und internationalen Spielpläne ist die Folge – und Public Viewing auf Weihnachtsmärkten.

Katar ist nur etwa halb so groß wie Hessen, aber dank der weltweit drittgrößten Erdgasreserven und großer Erdölvorkommen eines der wohlhabendsten Länder der Welt. 70 Prozent der katarischen Staatseinnahmen stammen aus der Öl- und Gasindustrie.

Katar ist aber weltweit auch das Land mit dem mit Abstand höchsten CO₂-Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung.

Ende 2015 hatte Katar 2,4 Millionen Einwohner_innen, aber nur rund 230.000 von ihnen besitzen die katarische Staatsbürgerschaft und die damit verbundenen

FIFA-Korruptionsskandal

Bereits vor der Vergabe im Dezember 2010 gab es Korruptionsvorwürfe gegen einzelne Mitglieder des Exekutivkomitees. Seit 2011 wurden über die Hälfte der Mitglieder ausgetauscht. Einige verzichteten auf eine Wiederwahl, andere traten zurück oder wurden suspendiert. Mehrere ehemalige Mitglieder sperrte die FIFA-Ethikkommission wegen Verstößen gegen den Ethikkodex von allen fußballbezogenen Tätigkeiten. Im Frühjahr 2016 bestätigte die FIFA offiziell, dass bei mehreren WM-Vergaben Bestechungsgelder in Höhe von mehreren Millionen US-Dollar gezahlt worden sind.

Rechte. Gastarbeiter_innen aus Asien, vor allem aus Indien und Nepal, sowie aus dem arabischen Raum stellen den überwiegenden Teil der Bevölkerung. Sie machen etwa 95 Prozent der erwerbstätigen Arbeitskräfte sowie 99 Prozent im Bau-sektor aus. Das ist ein internationaler Rekord.¹¹

Während die Einheimischen im Luxus leben, haben die Gastarbeiter_innen kaum Rechte und werden häufig wie Sklav_innen gehalten. Verantwortlich für die Zwangsarbeit und andere Menschenrechtsverletzungen hunderttausender schlechtbezahlter Arbeitsmigrant_innen ist das Kafala-System. Dadurch erhalten die Arbeitgeber außergewöhnliche Macht über das Leben der Angestellten. Diese haben kein Recht, sich zu organisieren oder gemeinsam zu verhandeln. Im Falle eines Streiks drohen ihnen hohe Strafen.¹² Für erwerbstätige Menschen gehört Katar zu den zehn schlimmsten Ländern der Welt.¹³

Kafala-System

Kafala ist ein spezielles System der Bürgerschaft in den Golfstaaten. Jede_r ausländische Arbeitnehmer_in benötigt einen inländischen Bürgen. Der Bürge ist für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften und der Vertragsformalitäten zuständig. Er zieht in der Regel den Pass der Arbeitnehmer_innen ein. Die Arbeitnehmer_innen sind damit dem Bürgen vollständig ausgeliefert und befinden sich in einem sklavenähnlichen Arbeitsverhältnis. Arbeitsplatzwechsel und Ausreise ohne Zustimmung des Bürgen sind nicht möglich.

NOK

Das Nationale Olympische Komitee eines Landes organisiert und repräsentiert die olympische Bewegung auf nationaler Ebene und vertritt die Interessen des Landes beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC).

Der kleine Golfstaat Katar sieht im Sport einen Antrieb zur Entwicklung des Landes, besonders des Ballungsraums Doha, zu einem modernen Siedlungsraum und möchte sich als Sportland profilieren. Sport ist nach Aussage von Scheich Saoud Al Thani, dem Vorsitzenden des NOK

¹¹ Vgl. Schmid, Bernhard: Sklaverei im Fußball – FIFA muss handeln, in: Gegenblende, 27.5.2015.

¹² Vgl. PM von Human Right Watch vom 8.11.2015: Katar: Neue Reformen schützen Arbeitsmigranten nicht, www.hrw.org/de/news/2015/11/08/katar-neue-reformen-schutzen-arbeitsmigranten-nicht; Human Right Watch: Building a Better World Cup, 12.6.2012, www.hrw.org/report/2012/01/12/building-better-world-cup/protecting-migrant-workers-qatar-ahead-fifa-2022; Abendzeitung München: Sklaverei in der Luxuswelt – Wanderarbeiter ohne Rechte, 19.11.2013.

¹³ Vgl. <http://www.ituc-csi.org/globaler-rechtsindex-des-igb-die>, abgerufen am 11.3.2016.



Katars, eine große Investition in Wirtschaft und Gesellschaft, eine Investition in die Zukunft. Die Ausrichtung vieler Großereignisse ist das Ziel. 2015 fand hier bereits die Handball-WM statt. Im Oktober 2016 folgt die Radsport-WM und drei Jahre später die Leichtathletik-WM. Eine Bewerbung für die Ausrichtung der Olympischen Spiele ist für 2028 geplant.

Allerdings wurden einige Investitionen sprichwörtlich in den Sand gesetzt, wie das Schicksal der über 15.000 Zuschauer_innen fassenden Lusail Multipurpose Hall zeigt. Für den Austragungsort der Handball-WM gibt es keinen Bedarf mehr und die Halle steht jetzt ungenutzt in der Wüste.

Für die Fußball-WM werden neun Stadien neu gebaut und drei weitere umgebaut. Das Investitionsvolumen für die zwölf Spielstätten wird auf etwa drei bis vier Milliarden US-Dollar geschätzt. Das Gesamtinvestitionsvolumen ist angesichts der Neuberechnung und Ausweitung vieler Projekte, aber auch wegen des Preisanstiegs für Baumaterialien aufgrund der gestiegenen Nachfrage schwer abzuschätzen. Die katarische Regierung veranschlagte 2011 die Kosten auf bis zu 220 Milliarden US-Dollar. Das ist gut das 15-fache von dem, was die WM 2014 in Brasilien gekostet hat. Da Katar bisher nicht über die für eine erfolgreiche Ausrichtung der Fußball-WM erforderliche Infrastruktur verfügt, fließt ein Großteil der Investitionen in den Ausbau des Straßen-, Eisenbahn- und U-Bahn-Netzes, in den Bau bzw. Ausbau von Hafen und Flughafen. Mit dem Projekt »Lusail City« entsteht nördlich der Hauptstadt Doha eine vollkommen neue Stadt für ca. 450.000 Einwohner_innen.

Mit den Bauarbeiten in Katar werden in- und ausländische Baukonzerne Milliardengewinne machen. Die beteiligten Unternehmen, darunter auch Hochtief aus Deutschland, kennen die Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie sind sich bewusst, dass sie ihre Gewinne durch erschreckend niedrige Löhne in die Höhe treiben und dafür auch die Sicherheit der Arbeiter_innen aufs Spiel setzen.



Die Unternehmen akzeptieren nicht nur diese Bedingungen und weigern sich, die in ihren Heimatländern üblichen Arbeitsstandards durchzusetzen. Sie reißen sich sogar um die Aufträge, um unter diesen Bedingungen in Katar Geschäfte machen zu können. Sie erzielen ihre Gewinne mit moderner Sklavenarbeit und akzeptieren die Entwürdigung von Menschen.

Auf den Baustellen schufteten ungefähr 1,5 Millionen ausländische Arbeiter_innen. Sie kommen vor allem aus Indien, Nepal und Bangladesch. Die Arbeitskräfte werden mit Versprechungen über gute Verdienstmöglichkeiten ins Land gelockt, zahlen zum Teil horrenden Gebühren an die Vermittler_innen und werden dann in Katar mit Knebelverträgen zu viel schlechteren Bedingungen abgespeist. Lohnzahlungen erfolgen oft unregelmäßig, teilweise auch monatelang überhaupt nicht. Arbeitszeiten von bis zu 14 Stunden täglich an sechs Tagen pro Woche in der brütenden Hitze sind Normalität. Die Sicherheitsvorkehrungen auf den Baustellen sind mangelhaft, Pausen werden nicht eingehalten, Trinkwasser ist nicht in ausreichender Menge vorhanden. Nach Unfällen und bei Krankheit gibt es keinen Lohn und kaum Hilfe. Untergebracht sind die Arbeiter_innen in Unterkünften weit außerhalb. Im Stadtbild sind Wanderarbeiter_innen nicht sichtbar, da sie laut



Gesetz nicht in Stadtzentren untergebracht werden dürfen. Außerdem dürfen sie sich in vielen Teilen der Hauptstadt Doha nicht aufhalten. Die Arbeitslager, sie heißen wirklich so und sind auch so ausgeschildert, sind vollkommen überfüllt, verkommen und erbärmlich ausgestattet. In den Baracken hausen hunderte Arbeiter_innen, zwölf Personen pro Zimmer. Die sanitären Einrichtungen und die wenigen Kochgelegenheiten sind in einem katastrophalen Zustand. Trinkwasser ist, wenn überhaupt, nur begrenzt vorhanden. Oft steht nur salziges Wasser zum Trinken und Waschen zur Verfügung. Vor der Hitze gibt es kaum ein Entkommen.

Arbeitsbedingte Verletzungen und Todesfälle werden von den Baufirmen und Behörden nicht untersucht, verschleiert oder dementiert. Nach Berechnungen des IGB, die auf offiziellen katarischen Angaben beruhen, kommen jedes Jahr etwa 1.100 ausländische Arbeitskräfte ums Leben¹⁴, viele davon durch die Folgen der Hitze und durch Erschöpfung.

Ist es eine Fußballweltmeisterschaft wert, unter diesen Bedingungen ausgetragen zu werden?

¹⁴ Vgl. IGB-Frontlines-Bericht 2015, S. 25.

Erlebnisberichte

[Die folgenden Berichte stammen aus dem IGB-Report »Die Akte Katar« aus dem Jahr 2014.]

Keine Bezahlung

Tätigkeit: Bauarbeiter
Branche: Baugewerbe
Name: Ayush*
Land: Nepal
Alter: 31



Fotos: Ben Crowe

*Namen geändert

»Ich sitze mit neun anderen Bauarbeitern aus Nepal in Katar fest und will nur noch nach Hause. Wir sind bei einem Bauzulieferbetrieb beschäftigt, der einem indischen Staatsangehörigen gehört und von ihm verwaltet wird. Unsere Verträge sind abgelaufen, aber der Arbeitgeber hat ein bis drei Monatslöhne immer noch nicht ausgezahlt, ebenso wenig wie die nach Vertragsende zustehenden Prämien oder die Tickets nach Hause. Jedes Mal, wenn wir in sein Büro kommen, heißt es: ›Kommt in ein paar Tagen wieder. Dann bekommt ihr euer Geld und eure Tickets.« Wir haben vor kurzem erfahren, dass unser Arbeitgeber von einer katarischen Baufirma für einen seiner Verträge nicht bezahlt wurde und ein zeitweiliges finanzielles Problem hat. Er sitzt in der Tat selbst fest und wurde einige Tage lang inhaftiert, weil ein Scheck geplatzt ist. Wir haben hart gearbeitet und wollen nur, was uns zusteht und dann endlich nach Hause. Wir sitzen jetzt in überfüllten Unterkünften fest, bei schlechtem Essen und ohne sauberes Trinkwasser. Wir werden wie Tiere behandelt.«



Konfiszierter Pass

Tätigkeit: Bauarbeiter
Branche: Baugewerbe
Name: Jago*
Land: Philippinen
Alter: 34

»Ich bin über die Vermittlungsagentur »Mayon Internationak« nach Doha gekommen. Ich wollte genug Geld verdienen, um meine Kinder in die Schule

schicken und mein eigenes Haus in den Philippinen bauen zu können. Ich bin im Oktober 2011 in Katar angekommen und musste sofort meinen Pass abgeben. Ich bin hochqualifiziert und in der Verwendung der AutoCADSoftware geschult, um als technischer Zeichner zu arbeiten. In meinem Vertrag steht, dass ich 330 US-Dollar pro Monat, eine Unterkunft und ein Essensgeld erhalten würde. Bei meiner Ankunft in Katar habe ich erfahren, dass ich als Bauarbeiter an einem Wohnungsbauprojekt arbeiten würde, 60 Stunden pro Woche für 261 US-Dollar pro Monat. Am Anfang wurde ich gepflegt, aber das hat sehr schnell aufgehört. Wenn ich einen Tag frei nehme, werden mir zwei Tageslöhne abgezogen. Wenn ich krank bin, läuft es genauso. Sorge macht mir auch die Sicherheit bei der Arbeit. Mein Arbeitgeber stellt keine Stiefel oder sonstige Sicherheitsausrüstung zur Verfügung, noch nicht einmal normale Dienstkleidung. Ich habe bisher Glück gehabt und mir keine Verletzungen bei der Arbeit zugezogen, aber ich habe viele Kolleg_innen gesehen, die nicht so viel Glück gehabt haben. Das ist besonders beunruhigend, weil mich mein Arbeitgeber nicht krankenversichert hat, und bei meinem gegenwärtigen Lohn kann ich es mir nicht leisten, ins Krankenhaus zu gehen. Ich habe genug von diesen Zuständen und sehe nicht ein, warum ich das ertragen sollte. Ich habe gekündigt, aber mein Arbeitgeber hat den Brief einfach zerrissen und in den Mülleimer geworfen. Er hat mir auch gesagt, dass ich meinen Pass nicht zurückbekommen werde.«

Gesundheit und Sicherheit

Tätigkeit: Schreiner
Branche: Baugewerbe
Name: Raju*
Land: Nepal
Alter: 27

»Ich hatte seit vier Jahren in Doha gearbeitet. An dem Tag hat es geregnet. Es wurde schnell gearbeitet. Wir hatten keine Schutzbrillen. Ich wurde von einem Nagel am Auge getroffen. Nach dem Unfall wies mich der Vorarbeiter an, nach draußen zu gehen. Ich ging zurück ins Arbeitslager. Ich hatte große Schmerzen und konnte nichts sehen. Ein Freund brachte mich in die Notaufnahme. Der Arzt sagte mir, dass meine Netzhaut beschädigt sei. Ich kann auf dem linken Auge nichts sehen, und es ist schwierig, so zu arbeiten. Ich war acht Tage im Krankenhaus und habe dann begonnen, wieder zu arbeiten. Ich war zehn Tage lang nicht bei der Arbeit und gehe immer noch zur Kontrolle ins Krankenhaus. Der Arzt im Krankenhaus hat mir sehr geholfen. Er hat mir gesagt, wie schwer mein Auge verletzt ist und dass ich eine Entschädigung erhalten sollte. Er ist ein guter Arzt, aus Pakistan. Ich bin vor das Arbeitsgericht gegangen, musste aber mehrmals zurückkommen, bis ich die richtigen Papiere zusammen hatte. Das hat fast sechs Monate gedauert, und ich musste für die Übersetzung der Unterlagen für das Gericht bezahlen. Ich bin immer wieder beim Arbeitsgericht gewesen. Einmal wurde mir gesagt, ich müsse zum Obersten Gericht, beim nächsten Mal war es die Polizei und dann wieder der Arzt, und erst jetzt haben sie die Papiere für die Beantragung einer Entschädigung akzeptiert. Am 11. März werde ich wieder zum Gericht gehen. Das Gerichtsdokument wurde mir mündlich vom Arabischen ins Nepalesische übersetzt, aber ich habe nichts schriftlich bekommen.«



Fotos: Ben Cove



Beschwerden

Tätigkeit: Techniker
Branche: Brandschutzfirma
Name: Ramon*
Land: Philippinen
Alter: 32

»Die Firma hat uns extrem schlecht untergebracht. Die Küche ist unhygienisch, die Schlafräume sind überfüllt, die Duschen sind verstopft, und, was

noch schlimmer ist, es gibt keinerlei Sicherheitsausrüstung oder Notausgänge in dem Gebäude, so dass unser Leben in ernsthafter Gefahr ist. Wir müssen regelmäßig Überstunden machen, was häufig eine 12- oder 14-Stunden-Schicht bedeutet, aber wir bekommen pro Tag lediglich zwei bis drei Überstunden bezahlt. Wenn wir an gesetzlichen Feiertagen frei haben wollen, müssen wir einen Gehaltsabzug akzeptieren. Die Gehälter sind insgesamt extrem niedrig, und es herrscht eindeutig Diskriminierung zwischen den verschiedenen Nationalitäten. Während nepalesische und indische Beschäftigte etwa 164 bis 192 US-Dollar verdienen, verdienen philippinische Beschäftigte zwischen 329 und 466 US-Dollar. Als philippinischer Staatsangehöriger verdiene ich 411 US-Dollar pro Monat, aber ich bekomme kein Essensgeld, wie in meinem Vertrag vorgesehen. Außerdem weigert sich unser Arbeitgeber, uns nach zweijähriger Betriebszugehörigkeit eine Gratifikation zu zahlen, was selbst nach katarischem Gesetz unzulässig ist. Aber keiner von uns kann Beschwerde beim Arbeitsgericht erheben, weil es unmöglich ist, sich während des Verfahrens finanziell über Wasser zu halten. Mein Pass ist bei meinem Arbeitgeber, aber ich muss mich um die Verlängerung meiner Aufenthaltsgenehmigung kümmern und dafür bezahlen.«

»Hier sterben Menschen – weil die Bedingungen so erbärmlich sind!«

Interview mit Tim Noonan, Abteilungsleiter beim Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB)

Tim, Du beschäftigst Dich seit vielen Jahren mit den Arbeits- und Lebensbedingungen in Katar. Der kleine Golfstaat Katar möchte sich der Welt gern als modernes Land zeigen. Er präsentiert sich als Gastgeber großer Sportereignisse und gibt hierfür sehr viel Geld aus.

Nun haben wir in Katar die Besonderheit, dass fast alle im produktiven Bereich Tätigen Ausländer_innen sind, die meist auch noch befristete Arbeitsverträge haben. Was bedeutet das für die Rechte von Arbeitnehmer_innen und die Wahrnehmung ihrer Interessen?

Katar ist aufgrund seiner immensen, weltweit exportierten Gasreserven eins der reichsten Länder der Welt. Die Herrscherfamilie in Katar weiß, dass Abhängigkeit von Kohlenwasserstoffen nicht der beste langfristige Wirtschaftsplan ist und hat daher begonnen, Alternativen zu entwickeln, um die Wirtschaft zu diversifizieren. Ein zentrales Ziel besteht darin, Katar zu einem der wichtigsten Veranstaltungsorte für Sportgroßereignisse zu machen, und das Kernstück dieser Strategie ist die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft im Jahr 2022. Zu diesem Zweck ist ein massives Infrastrukturprogramm angelaufen, eins der größten überhaupt für solch ein kleines Land: Mehr als 200 Mrd. US-Dollar werden nicht nur für Fußballstadien ausgegeben, sondern auch für Zehntausende neue Hotelzimmer, ein ehrgeiziges, auf die verschiedenen WM-Veranstaltungsorte zugeschnittenes U-Bahnsystem, Straßen, einen neuen Flughafen und zahlreiche andere Projekte, die für die Ausrichtung großer internationaler Sportveranstaltungen wie der Fußball-WM erforderlich sind. Angesichts des näher rückenden Termins für die Fertigstellung dieses Programms für die WM 2022 werden jetzt Hunderttausende zusätzliche Wanderarbeitskräfte in das Land geholt, größtenteils aus weniger wohlhabenden Ländern und Gemeinwesen in Nepal, Indien, Pakistan sowie anderen asiatischen, aber auch afrikanischen Ländern. Schätzungsweise zwei Millionen ausländische Arbeitskräfte befinden sich inzwi-

IGB
Internationaler Gewerkschaftsbund, gegründet 2006, vereint über 300 Gewerkschaften aus über 150 Ländern

Foto: Ben Crowe



schen in dem Land, mehr als das Sechsfache der einheimischen katarischen Bevölkerung.

Die vielen ausländischen Arbeitskräfte in Katar arbeiten unter Bedingungen moderner Sklaverei. Im Rahmen des »Kafala-Systems« kontrollieren die Arbeitgebenden praktisch jeden Aspekt des Lebens der Beschäftigten, die sogar eine Genehmigung brauchen, um den Arbeitsplatz wechseln oder das Land verlassen zu können. Viele Arbeitskräfte sitzen gegen ihren Willen in Katar fest, oftmals jahrelang, und können nicht in ihre Heimatländer zurückkehren, weil ihr Arbeitgeber es nicht erlaubt. Vor ihrer Ankunft in Katar werden den Beschäftigten angemessene Löhne und menschenwürdige Bedingungen versprochen, aber wenn sie in dem Land ankommen und dort festsitzen, müssen sie feststellen, dass die Realität völlig anders aussieht. Die Löhne sind wesentlich niedriger, die Arbeitszeiten in extremer Hitze unglaublich lang, und sie haben nicht das Recht, eine Gewerkschaft zu gründen, um bessere Bedingungen auszuhandeln. Arbeiter_innen, die versuchen, eine Gewerkschaft zu gründen, werden verhaftet und in ein Deportationszentrum gebracht, bevor sie letztendlich des Landes verwiesen werden, häufig verschuldet bei skrupellosen Vermittler_innen, die sie nach Katar geholt haben.

Die große Mehrheit der Wanderarbeitskräfte sind Männer, die im Baugewerbe, im

Transportwesen und in damit zusammenhängenden Bereichen arbeiten, aber es gibt auch viele Frauen, die als Hausangestellte arbeiten und unvorstellbarer Ausbeutung und oftmals Gewalt ausgesetzt sind.

Die Arbeitskräfte in Katar haben keine Rechte, und das hat verheerende Auswirkungen auf ihr Leben. Katar versucht zwar, die Wahrheit zu verbergen, aber selbst die regierungseigenen Statistiken gehen von 1.000 Todesfällen unter gesunden, ärztlich untersuchten jungen Männern in diesem Jahr aus, die nur deshalb sterben müssen, weil die Arbeitsbedingungen so erschreckend und die Arbeitslager, in denen sie untergebracht sind, so erbärmlich sind.

Wie ist die Situation vor Ort für Journalist_innen und Gewerkschafter_innen, die über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitskräfte, die die Sportstätten und die Infrastruktur errichten, berichten wollen?

Journalist_innen, die dort hinsehen, wo die katarischen Behörden es nicht wollen, sehen sich ernsthaften Schikanen, Inhaftierungen und Drohungen ausgesetzt, und ihr Film- oder Datenmaterial wird gelöscht. Mehrere Journalist_innen aus Deutschland, Großbritannien und erst kürzlich aus Dänemark wurden von der Sicherheitspolizei verfolgt und verhaftet, selbst in Fällen, in denen sie von den katarischen Behörden offiziell eingeladen worden waren, nur weil sie sich dort umgeschaut hatten, wo es nicht vorgesehen war. Katar ist ein Polizeistaat. Was Gewerkschaften angeht, so sind diese schlichtweg nicht vorgesehen. Wer versucht, eine Gewerkschaft zu organisieren, sieht sich erheblichen Gefahren ausgesetzt.

ILO, Internationale Arbeitsorganisation

Die ILO ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit Hauptsitz in Genf. Sie ist zuständig für die Formulierung und Durchsetzung internationaler Arbeits- und Sozialstandards. Die weltweit geltenden Mindeststandards sollen die Rechte bei der Arbeit und damit menschenwürdige Arbeit für alle Menschen auf der Welt sicherstellen.

Bei der Internationalen Arbeitsorganisation, einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, gibt es eine Klage gegen Katar. Was beinhaltet die Klage und wie ist hier der Stand des Verfahrens?

Der IGB hat verschiedene Klagen im Zusammenhang mit den mittelalter-



lichen Arbeitsgesetzen Katars bei der IAO erhoben. Am schwerwiegendsten ist die Forderung der Arbeitnehmer_innendelegierten bei der IAO nach einem Untersuchungsausschuss für Katar. Dies ist das Verfahren der IAO, das in den ernsthaftesten Fällen angewandt wird und auf das seit Bestehen der Organisation bisher nur 13 Mal zurückgegriffen wurde. Die IAO hat Katar bis März 2017 Zeit gegeben, um seine Gesetze zu reformieren. Tut es das nicht, werden die Gewerkschaften einen solchen Untersuchungsausschuss für das Land fordern. Viele Arbeitgeber- und Regierungsdelegierte bei der IAO haben uns bisher unterstützt, und wir hoffen, auf diese Unterstützung auch weiterhin zählen zu können.

Katar versucht, mit einigen Maßnahmen »nachhaltige und bedeutende Fortschritte für die Arbeitskräfte im ganzen Land zu erzielen«. Wie sind diese Maßnahmen einzuordnen?

Dies sind weitere falsche Reformversprechungen, die Jahr für Jahr wiederholt werden. Angekündigt wurden kosmetische Reformen des »Kafala-Systems«, Sklaverei unter einem anderen Namen. Katars herrschende Elite hat keinerlei grundlegende Rechte auf eine Gewerkschaftsvertretung, auf Tarifverhandlungen, faire Löhne, die Verweigerung gefährlicher Arbeiten, Nichtdiskriminierung usw. zugesagt.

Wie bewertest Du die Rolle der FIFA? Sie hat ja bereits 2012 angekündigt, das Thema Arbeitnehmer_innenrechte bei der katarischen Regierung anzusprechen. Ist da etwas passiert oder wurde versucht, das Problem auszusitzen? Ist von der neuen FIFA-Spitze mehr zu erwarten?

Die FIFA hat vollkommen versagt und ihren beträchtlichen Einfluss auf Katar nicht geltend gemacht. Neben all den Korruptionsskandalen, die die FIFA weiterhin umgeben, hat sie sich schuldig gemacht, weil sie eklatante Menschenrechtsverletzungen zugelassen und akzeptiert hat, alles im Namen des Sports. Wir haben uns sofort mit der FIFA in Verbindung gesetzt, als sie die kontroverse Entscheidung zugunsten der Vergabe der Fußball-WM an Katar getroffen hat. Seither haben wir von der FIFA lediglich schöne Worte gehört, aber keine Taten gesehen. Eine absolute Schande und ein Verrat an den Prinzipien des Sports.

Was fordert der IGB hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse in Katar?

Katar muss seine antiquierten Arbeitsgesetze in Einklang mit internationalen Normen bringen. Das Land könnte sich dies leisten, aber es fehlt der Wille. Die Herrscherfamilie sollte den ausländischen Arbeitskräften die Würde und den Schutz zugestehen, die sich aus einer gewerkschaftlichen Organisation und aus Tarifverhandlungen ergeben. Es bedarf eines angemessenen juristischen Systems für die Behandlung von Beschwerden der Arbeiter_innen und für die Gewährleistung von Gerechtigkeit, eines menschenwürdigen Mindestlohns für alle Beschäftigten und der vollständigen Abschaffung des »Kafala-Systems«. Die meisten anderen Länder haben dies geschafft, und es ist absolut inakzeptabel, dass sich Katar und einige andere Länder in dieser Region weiterhin weigern, Anschluss an die moderne Welt zu finden.

Zum Weiterlesen zum Thema Katar

Broschüren zum Download und Kurzinformationen stehen auf den Seiten des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereit. www.ituc-csi.org

→ »Keine Fußball-WM in Katar« – eine Internet-Seite mit vielen Informationen und Videos über die Situation in Katar und Hinweisen auf Kampagnen, um selbst aktiv zu werden. <http://rerunthevote.org/?lang=de>

→ Amnesty International legte Ende 2013 einen umfangreichen Bericht über die Arbeitsbedingungen in Katar vor. www.amnesty.org/en/countries/middle-east-and-north-africa/qatar/report-qatar/

Unsere gewerkschaftlichen Forderungen:

- Weltweite Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO (u.a. Vereinigungsfreiheit, Recht auf Kollektivverhandlungen, Entgeltgleichheit, Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf).
- Stärkung der innerbetrieblichen Mitbestimmung und bessere Anlaufstellen für ausgebeutete Arbeitskräfte.
- Deutlichere Sanktionierung von Verstößen gegen die Rechte von Arbeitnehmer_innen.
- Stopp der Tariffucht von Unternehmen.
- Investitionen in Beratungsstellen für mobile Beschäftigte.
- Stopp der Ausbeutung geflüchteter Menschen und Ermöglichung sicherer Teilhabe an Arbeit und Ausbildung.
- Gerechte und menschliche Migrationspolitik durch Integration und Gleichstellung ohne eine Kategorisierung von »ökonomisch nützlichen« und weniger nützlichen Menschen.
- Kein Mensch ist illegal: (Arbeits)rechtliche Gleichstellung, inklusive Recht auf Schul- und Arztbesuche, Arbeitserlaubnis und gesellschaftliche Partizipationsrechte, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Impressum

Herausgeberin:

DGB-Jugend Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Otto-Brenner-Str. 7, 30159 Hannover

Verantwortlich:

Ruben Eick

Redaktion:

Johanna Thumm, Ruben Eick

Text:

Guido Skirlo

Gestaltung:

Heiko von Schrenk / schrenkwerk.de

Druck:

PrintNetwork pn / ASTOV Vertriebsgesellschaft mbH

Titelfoto:

Gilles Reckinger

Erscheinungsdatum:

August 2016



GEWERKSCHAFTS**JUGEND IN BEWEGUNG**

